

Viel Wirbel um die VHS Ellerau

Die öffentliche Berichterstattung über die Kommunalpolitik in Ellerau wurde monatelang vom Thema VHS beherrscht. In der Presse fanden sich Schlagzeilen, wie „Schock: Preisexplosion bei der VHS“. In einem Leserbrief zeigte sich eine VHS-Dozentin gar „entsetzt“ über die „Arroganz und Kaltschnäuzigkeit mancher Ellerauer Neupolitiker“. Schade, dass mancher in seiner Erregung zwar starke Worte findet, aber die Bereitschaft zum Zuhören und Austausch von Argumenten verliert.

Was ist der Grund für die weit verbreitete Aufregung?

Es ist hinlänglich bekannt und muss deshalb an dieser Stelle nicht noch einmal erläutert werden, dass der Entwurf des Verwaltungshaushalts 2009 der Gemeinde überwiegend infolge nicht zu beeinflussender landes- und kreispolitischer Entscheidungen eine Unterdeckung von ca. 1 Million Euro aufwies.

Was tut eine Familie, deren finanzielle Situation sich plötzlich dramatisch verschlechtert? Sie setzt sich an einen Tisch und sucht nach einer verträglichen Lösung: Können wir irgendwie die Einnahmen erhöhen? Wie viel können wir unserem Spartopf entnehmen? In welchem Bereich können wir unsere Ausgaben senken? Keine verantwortungsbewusste Familie wird in einer solchen Situation trotzig ihren bisher recht üppigen Lebensstil aufrecht erhalten und alles durch Kredite finanzieren.

Was tun verantwortlich handelnde Gemeindevertreter in einer solchen Lage? Das Gleiche. Auch sie suchen nach einer ausbalancierten Lösung: einer Mischung aus vertretbar erscheinenden Steuererhöhungen, der Einschränkung lieb gewordener freiwilliger Leistungen und der Verringerung wünschenswerter Investitionsausgaben. Solche Entscheidungen sind ebenso schmerzhaft wie unvermeidlich, wenn wir nicht wollen, dass unsere Kinder und Enkel eines Tages die von uns in der Gegenwart aufgehäuften Schuldenlast bezahlen müssen. Insoweit besteht grundsätzlicher Konsens zwischen den Gemeindevertretern sämtlicher politischer Gruppierungen in Ellerau. Kein Bürger sollte die gute Absicht der Gemeindevertreter zu verantwortungsvoller Arbeit im Interesse der **Gesamtheit** der Bürger in Abrede stellen. Nach meiner knapp einjährigen Erfahrung im Finanzausschuss hielte ich dies nicht für gerechtfertigt.

Auch wenn es naturgemäß unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, in welchem Umfang und in welchem Mischungsverhältnis Einnahmenerhöhung und Ausgabenminderung angestrebt und welche Prioritäten bei den Ausgaben gesetzt werden sollten, ist bei allen politischen Gruppierungen unstrittig, dass die Ausgaben für freiwillige Leistungen überdacht werden müssen. Hierzu gehört auch der Zuschussbedarf für die VHS, der sich von ca. 40.000 EUR im Jahre 2006 auf über 75.000 EUR im Nachtragshaushalt 2008 erhöht hat. Dieser Zuschussbedarf entstand dadurch, dass zwar die Dozenten honorare weitgehend durch die Hörerentgelte gedeckt wurden, aber kein Zuschlag für die Gemeinkosten kalkuliert wurde, also für die Personal- und Sachkosten der VHS-Verwaltung und für die Nutzung gemeindeeigener Räume. Gleichzeitig lagen die Kursgebühren um bis zu 40 % unter denen vergleichbarer Kurse benachbarter VHS. Solange wir uns diesen Luxus leisten konnten, war nichts dagegen einzuwenden. Wenn dies aber zu Lasten der Kitas, der Schule, der Jugendarbeit, der Seniorenbetreuung, des Straßenbaus und anderer Bereiche geht, muss man dies überdenken und ggf. die haushaltspolitischen Prioritäten neu festlegen.

Welche Auffassung vertritt der Bürgerverein?

Der BVE misst der bildungspolitischen Arbeit der VHS (und ganz besonders der Jugend-VHS) eine außerordentliche Bedeutung zu. Wir sehen die VHS als eine bildungspolitische Aufgabe der Gemeinde und stehen einer Überführung der VHS in die Trägerschaft eines Vereins (wie z.B. von der CDU gefordert) sehr skeptisch gegenüber, weil wir mehr Nachteile als Vorteile erkennen.

Der Zuschuss aus Steuergeldern muss aber auch nach unserer Auffassung zurückgefahren werden. Deshalb haben wir uns – nicht zuletzt in der Absicht, radikalere Eingriffe zu verhindern – dafür eingesetzt, dass die Kursgebühren zur Deckung eines Anteils der Gemeinkosten angehoben werden, ohne die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber benachbarten VHS zu gefährden. Dieses Konzept wurde vom Finanzausschuss einstimmig und von der Gemeindevertretung bei nur einer Gegenstimme angenommen. Mit dieser Maßnahme wird eine Reduzierung des Defizits in 2009 auf 50.000 EUR angestrebt. Es ist nicht auszuschließen, dass man später über weitere Veränderungen nachdenken muss, - nicht um der VHS den Garaus zu machen, sondern umgekehrt ihre Existenz als wertvolle Gemeindeeinrichtung nachhaltig zu sichern. Auch Kooperationen mit benachbarten VHS sind dabei nicht auszuschließen. Das bisherige Zuschussniveau (mit weiter steigender Tendenz) würde nur radikale Forderungen provozieren.

Ein besonderes Thema in der öffentlichen Diskussion war die Studienreise. Eine Studienreise gehört gewiss nicht zu den besonders förderungswürdigen Angeboten einer VHS und sollte so kalkuliert sein, dass auch die infolge der intensiven Vorbereitung anfallenden erheblichen Gemeinkosten voll durch die Reisetilnehmer gedeckt werden. Steuergelder für Urlaubsreisen – auch für solche mit kulturellem Anspruch - lehnen wir ab. Hier hatte aber die VHS-Leitung offenbar den Fehler gemacht, zu einem frühen Zeitpunkt Reiseinformationen einschließlich Preis an frühere Teilnehmer auszugeben, ohne die Gebührenhöhe der Gemeindevertretung zu beachten. Der Bürgermeister hatte die während der Haushaltsdiskussion im Finanzausschuss explizit gestellte Frage, ob die Gebühren noch vor Drucklegung des Programms geändert werden könnten, bejaht. Dass für die Studienreise bereits schriftlich Preise genannt worden waren, war dem Ausschuss nicht bekannt. Wegen dieser Umstände vertritt der BVE die Auffassung, dass die bevorstehende Reise in 2009 ausnahmsweise noch einmal auf der Basis der früher üblichen Kalkulation durchgeführt werden kann. Dies wurde in der Gemeindevertretung auch mit den Stimmen des BVE beschlossen.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Auch bei Würdigung der kulturellen und sozialen Bedeutung der VHS und bei aller Hochachtung vor der ideenreichen Umsetzung des bildungspolitischen Auftrags durch die derzeitige VHS-Führung muss im Interesse der Gesamtverantwortung für die Gemeinde das Defizit in engen Grenzen gehalten werden.

Heiner Hahn